

LÜDER GERKEN
ANDREAS RENNER

Nachhaltigkeit durch Wettbewerb

*Untersuchungen zur
Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*

35

Mohr Siebeck

Nachhaltigkeit durch Wettbewerb

von

Lüder Gerken und Andreas Renner



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gerken, Lüder:

Nachhaltigkeit durch Wettbewerb / von Lüder Gerken u. Andreas Renner. –
Tübingen : Mohr, 1996

(Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen ; Bd. 35)

ISBN 3-16-146672-1 / eISBN 978-3-16-163164-1 unveränderte eBook-Ausgabe 2024
NE: GT

© 1996 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde belichtet aus der Times-Antiqua von Computersatz Staiger in Pfäffingen und von Gulde Druck in Tübingen auf archivfähigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Nieferr gedrukt. Den Einband besorgte die Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen.

ISSN 0083-7113

Vorwort

In weiten Teilen der Gesellschaft wird die Auffassung vertreten, die traditionelle Art des Wirtschaftens müsse durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise abgelöst werden. Für die Ordnungsökonomik stellt sich daher die Frage, wie eine auf Nachhaltigkeit abzielende Politik beschaffen sein muß, wenn sie mit der freiheitlich-wettbewerblichen Wirtschaftsordnung im Einklang stehen soll.

Zu dieser Frage hat das Walter Eucken Institut im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft eine wissenschaftliche Studie angefertigt, die am 19. und 20. März 1996 in Freiburg auf einem interdisziplinären Symposium vorgestellt und diskutiert wurde.

Diese Studie wurde seitdem grundlegend überarbeitet und um eine Reihe neuer Gesichtspunkte und Erkenntnisse erweitert. Die so entstandene Arbeit soll mit dem vorliegenden Buch der interessierten Leserschaft zugänglich gemacht werden.

Freiburg im Breisgau,
im November 1996

Lüder Gerken und Andreas Renner
Walter Eucken Institut

Inhalt

Vorwort	V
---------------	---

Einleitung

1 Das Nachhaltigkeitsproblem	1
2 Aufbau des Buches	5
2.1 Konzeptionen der Nachhaltigkeit – Die meta-ökonomische Sichtweise (Teil I)	5
2.2 Ökonomische Fundierungen der Nachhaltigkeits- konzeptionen (Teil II)	6
2.3 Nachhaltigkeit, Präferenzsouveränität und Wettbewerb – Eine neue meta-ökonomische Sichtweise (Teil III)	8

Teil I

Ausgewählte Nachhaltigkeitskonzeptionen und ihre Typisierung

A. Ausgewählte Nachhaltigkeitskonzeptionen in Politik und Wissenschaft	10
1 Die Konzeption des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen	10
2 Die Konzeption der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages	14
3 Die Konzeption der Europäischen Kommission	16
4 Die Konzeptionen des Wuppertal Instituts	17
4.1 „Neue Wohlstandsmodelle“	18
4.1.1 Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“	18
4.1.2 Weitere Leitbilder für eine ökologische Subsistenzwirtschaft .	22

4.2 Die MIPS-Konzeption einer Dematerialisierung der Wirtschaft	24
5 Die Konzeption der „variablen Leitplanken“	26
6 Die Konzeption der „ökologischen Grobsteuerung“	28
7 Konzeptionen zur Ermittlung der ökologischen Tragfähigkeit	29
7.1 Die Konzeption des konstanten Umweltkapitals	29
7.2 Die Konzeption des Umweltraumes	31
8 Nutzen-Kosten-Analyse	32
B. Typisierung und Strukturierung der Nachhaltigkeits- konzeptionen	33
1 Ein-Säulen- versus Mehr-Säulen-Konzeptionen	33
2 Starke versus schwache Nachhaltigkeit	35
3 Input- versus Outputstrategien, insbesondere Effizienz- versus Suffizienzstrategien	35
4 Emissions- versus Immissionsstrategien	37
5 Anthropozentrik versus Öko(logie)zentrik	38
6 Pragmatische Umweltpolitik versus Bewußtseinswandel	41
7 Hoheitliche Politik versus Dialog	42

Teil II

Ökonomische Fundierungen der Nachhaltigkeitskonzeptionen und die Frage der Ordnungskonformität

A. Die Theorien der Umweltökonomik und ihr umweltpolitisches Instrumentarium	46
1 Die neoklassische Umweltökonomik	47
1.1 Paradigmatische Grundlagen	47
1.2 Umweltpolitisches Instrumentarium	49
2 Die evolutorische Umweltökonomik	51
2.1 Paradigmatische Grundlagen	51
2.2 Umweltpolitisches Instrumentarium	54
3 Die Ökologische Ökonomik	56
3.1 Paradigmatische Grundlagen	56
3.2 Umweltpolitisches Instrumentarium	60
4 Die Theorien der Umweltökonomik in der Gegenüberstellung	61

B. Zur Frage der Ordnungskonformität umweltpolitischer Maßnahmen	65
1 Das Referenzsystem der marktwirtschaftlichen Ordnung	65
1.1 Die ordnungstheoretischen Konzeptionen Walter Euckens und Friedrich August von Hayeks	66
1.1.1 Die Ordnungstheorie Walter Euckens	66
1.1.2 Die Ordnungstheorie Friedrich August von Hayeks	67
1.1.3 Die ordnungstheoretischen Konzeptionen Euckens und Hayeks im Vergleich	72
1.2 Die Ökonomische Theorie der Politik	73
2 Ordnungsökonomik versus Umweltökonomik: Eine Gegenüberstellung	75
2.1 Ordnungsökonomik und neoklassische Umweltökonomik	75
2.1.1 Zunächst: Das Problem der Begriffsverschiedenheit zwischen Neoklassik und Ordnungsökonomik	75
2.1.2 Nunmehr: Ordnungsökonomik und neoklassische Umweltökonomik	76
2.2 Ordnungsökonomik und evolutorische Umweltökonomik	77
2.3 Ordnungsökonomik und Ökologische Ökonomik	79
2.4 Zusammenfassung	82
3 Zur Ordnungskonformität der umweltpolitischen Instrumente	82
3.1 Umweltabgaben	83
3.2 Subventionen	84
3.3 Umweltzertifikate	85
3.4 Haftungsrecht	86
3.5 Ordnungsrecht	86
3.6 Freiwillige Selbstverpflichtungen und Moral Suasion	87
3.7 Informativische Instrumente	90
3.8 Zusammenfassung	91

Teil III

Zur Frage der Vereinbarkeit von Wirtschaftsordnung und nachhaltiger Entwicklung

A. Der Referenzmaßstab	94
1 Wirtschaftliche Ordnung und gesellschaftliche Gesamtordnung ...	95
2 Die Präferenzen der Menschen als Referenzmaßstab für Nachhaltigkeitspolitik	97

2.1	Externe versus interne Bewertung von Ordnungen	97
2.2	Marktwirtschaftliche Ordnung und der Referenzmaßstab der Bürgerpräferenzen	100
2.3	Nachhaltigkeit und Präferenzsouveränität: Probleme	101
2.3.1	Unerreichbarkeit von Nachhaltigkeit bei Präferenz- souveränität?	101
2.3.2	Konstitutionelles Interesse versus Handlungsinteresse	102
2.3.3	Der Wissensaspekt	103
B.	Nachhaltigkeit durch Wettbewerb	105
1	Nachhaltigkeit und politischer Wettbewerb	105
2	Nachhaltigkeit und Ordnungswettbewerb	107
2.1	Was ist Ordnungswettbewerb?	107
2.1.1	Das allgemeine Modell des Ordnungswettbewerbs	107
2.1.2	Der Prozeß des Ordnungswettbewerbs	108
2.1.3	Ordnungswettbewerb als Synthese der Freiburger Ordnungskonzeptionen	110
2.2	Wirkungen des Ordnungswettbewerbs	111
2.2.1	Zum Wirkungsbereich des Ordnungswettbewerbs	111
2.2.2	Ordnungswettbewerb als Entdeckungsverfahren	113
2.3	Einwände gegen den Ordnungswettbewerb und ihre Widerlegung	115
2.3.1	Der Einwand des „Umwelt-Dumping“ bzw. des „Herunterkonkurrierens“ von Umweltstandards	115
2.3.2	Der Einwand der externen Effekte bzw. der globalen Relevanz von Umweltfragen	117
Schlußbetrachtung		
1	Zusammenfassung	119
2	Fazit	122
	Literatur	125
	Namenverzeichnis	137
	Sachverzeichnis	139

Einleitung

1 Das Nachhaltigkeitsproblem

(1) *Die drei Elemente nachhaltiger Entwicklung.* Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung definiert Nachhaltigkeit (Sustainability) in ihrem Brundtland-Bericht¹ als eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, 46). Nachhaltige Entwicklung umfaßt danach erstens ein ökonomisches Element (Allokation, Wirtschaftswachstum), zweitens ein soziales Element („gerechte“ Verteilung sowohl in inter- als auch in intragenerativer Sicht) und drittens ein ökologisches Element (Schutz und Erhalt der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage des Menschen). Diese drei Elemente bzw. „Säulen“ (Klemmer 1995; 1996) lassen sich nicht isoliert voneinander betrachten. Vielmehr ist deren Vernetztheit („Retenität“, SRU 1994, 54f.) zu erkennen und Nachhaltigkeitspolitik daran auszurichten.

Obwohl die Nachhaltigkeitsvorstellung von drei Säulen ausgeht, steht – zumindest in der Diskussion in den westlichen Industriestaaten – die Bewahrung der für gefährdet gehaltenen natürlichen Lebensgrundlagen, also die ökologische Säule der Nachhaltigkeit im Mittelpunkt des Interesses. Diese gilt für eine nachhaltige Entwicklung als Engpaßfaktor. Der traditionelle Entwicklungspfad der Volkswirtschaften sei nicht imstande, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, ja er zerstöre sie sogar. „Ohne eine dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“, so der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, sei „letztlich auch der Fortbestand des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens und der modernen Wohlstandsgesellschaft gefährdet“ (SRU 1994, 62). Gefordert wird eine Einbindung der Zivilisationssysteme in „das sie tragende Netzwerk der Natur“ und damit „die dauerhafte Ausrichtung der sich fortschreitend entwickelnden Ökonomien an der Tragekapazität der ökologischen Systeme“ (SRU 1994, 47).

(2) *Ursachen von Nicht-Nachhaltigkeit.* Als Ursache für eine nicht-nachhaltige Entwicklung wird angesehen, daß in der Vergangenheit die Ausrichtung der Ge-

¹ Benannt nach ihrer Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland.

sellschaft an ökologischen Restriktionen durch die zunehmende Industrialisierung abgenommen, der gesellschaftliche Evolutionsprozeß sich durch rasch wachsende technische Fähigkeiten und Wissen aus dem ökologischen Kontext gelöst habe. „Die Natur bleibt zwar Randbedingung der gesellschaftlichen Evolution, diese steuert sich aber in einem immer höheren Maße selbst und schafft sich ihre eigene, auf Kommunikation und Wissen basierende artifizielle Umwelt“ (Pasche 1994, 104).² Die Entwicklung in Richtung einer zunehmenden Selbstreferenz des gesellschaftlichen Systems führt danach zu einem *Dilemma*, weil Wirtschaft und Gesellschaft gleichwohl von einer „leistungsfähigen“ natürlichen Umwelt abhängig und das gesellschaftlich-ökonomische und das ökologische System miteinander verflochten sind.

Diese Entwicklung wird nicht zuletzt mit einem erheblichen Unterschied in den Zeitstrukturen sozio-ökonomischer und ökologischer Systeme begründet. Im Vergleich mit ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen wie dem Wirtschaftswachstum sind evolverische Adaptionsvorgänge als langsam einzustufen (Pasche 1994, 106; s.a. BUND/Misereor 1996, 190f.). Rückkoppelungseffekte aus dem ökologischen System kommen oftmals erst mit einer zeitlichen Verzögerung und dann gegebenenfalls so langsam, daß sie nicht wahrgenommen werden (z.B. bei Klimaänderungen oder beim Verlust der Artenvielfalt). Daher führen die zivilisatorischen Entwicklungsprozesse mit ihrer sehr viel höheren Geschwindigkeit zu einer Überforderung natürlicher Ausgleichsmechanismen (SRU 1994, 54f.; BUND/Misereor 1996, 190f.). Aufgrund der Irreversibilität und möglichen Sprunghaftigkeit ökologischer Prozesse („Umkippen“ eines ökologischen Teilsystems) kann dann gegebenenfalls die Stabilität der ökologischen Rahmenbedingungen nicht mehr gesichert werden.

(3) *Umweltfunktionen und Konstanz des Naturkapitals*. Die für den Menschen bedeutsamen Umweltfunktionen werden vor dem Hintergrund der industriellen Entwicklung als gefährdet angesehen. Die zentralen Umweltfunktionen sind nach Klemmer (1994a, 35):

- (1) die Bereitstellung von endlichen und regenerierbaren Ressourcen,
- (2) die Aufnahme und Assimilation von Emissionen und Abfällen,
- (3) die Sicherung allgemeiner Ökosystemfunktionen (etwa klimatischer oder ökologischer Kreisläufe) sowie

² In der Kommunikation als wesentliches Element moderner Gesellschaften sieht Pasche eine Chance, die Isolation des ökonomischen und gesellschaftlichen Systems von der natürlichen Umwelt zu überwinden: „Erst in heutigen postindustriellen Gesellschaften werden diese Restriktionen in Form von Kommunikation über Umweltprobleme wieder aufgegriffen“ (Pasche 1994, 104f.; s.a. Luhmann 1986).

³ Seit geraumer Zeit steht die Verknappung endlicher Ressourcen in nutzbarer, konzentrierter Form als Produktionsinput weniger im Zentrum des Interesses als etwa noch in den 1970er

- (4) die direkte Beeinflussung menschlichen Wohlbefindens („Umweltästhetik“ nach Seifert 1995, 330).³

Der Erhalt dieser Umweltfunktionen wird in der Regel für absolut notwendig erachtet. Begründet wird diese Auffassung mit der Feststellung, daß – ökonomisch formuliert – das (gemessen am menschlichen Zeithorizont) nicht-regenerierbare Naturkapital als nicht oder zumindest nicht vollkommen durch menschengeschaffenes Sach- und Humankapital (human-made capital) substituierbar sei.

Daraus wird die Forderung abgeleitet, daß das Umweltkapital von der heutigen Generation nur so weit in Anspruch genommen werden dürfe, daß es absolut oder zumindest in seiner Funktionsfähigkeit auch den zukünftigen Generationen zur Verfügung steht. Costanza (1992, 88) etwa definiert Nachhaltigkeit als „eine Beziehung zwischen dynamischen menschlichen Wirtschaftssystemen und größeren dynamischen, aber sich normalerweise langsamer verändernden ökologischen Systemen, in denen, a) menschliches Leben auf unbestimmte Zeit fortbestehen kann, b) sich menschliche Individuen entfalten können, c) sich menschliche Kulturen entwickeln können, in denen aber d) die Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten begrenzt bleiben, damit die Vielfalt, Komplexität und Funktionen des ökologischen Lebenserhaltungssystems nicht zerstört werden“.

(4) *Nachhaltigkeitspolitik*. Als Leitvorstellung einer Politik der Nachhaltigkeit, die den Erhalt der vorgenannten Umweltfunktionen zum Ziel hat, dient oftmals das Modell einer „zirkulären Kreislaufwirtschaft“ (SRU 1994, 47; Pearce/Turner 1990, 35). Diese wird der traditionellen materialintensiven Stoffflußwirtschaft mit nachgelagerten Umweltschutzmaßnahmen entgegengestellt, die letzten Endes die Umweltproblematik von einem Medium ins nächste, etwa aus dem Fluß über die Kläranlage auf die klärschlammgedüngten Felder, verlagere. Gefordert wird ein Wechsel von einer nachgelagerten, reaktiven Politik, die mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen die Emissionen am Ende der Produktionskette begrenzen will („End-of-pipe-Maßnahmen“), zu einer „vorsorgenden“ (Hinterberger et al. 1995, 1)⁴ oder einer „schutzzielorientierten“ (Klemmer 1995, 7f.) Politik. Während die „End-of-pipe“-Maßnahmen ausschließlich an bekannten und nach jeweiligem Wissensstand als schädlich eingestuften Stoff-

Jahren. So stellen Hinterberger et al. (1995, 1) fest: „Es erscheint aus heutiger Sicht als sehr wahrscheinlich, daß die Menschheit an den ökologischen Folgen der Entnahme, Umwandlung und Benutzung von natürlichen Ressourcen scheitern kann, lange ehe die Knappheit von Ressourcen zu einem ernststen wirtschaftlichen Problem wird“ (vgl. auch BUND/Misereor 1996, 190). Der Engpaßfaktor wird zunehmend in der begrenzten ökologischen Tragfähigkeit der Umwelt gesehen.

⁴ Hinterberger/Luks/Stewen (1996, 78–83) und Hinterberger/Wegner (1996) sprechen auch vom „Vorsichtsprinzip“.

strömen ansetzen, ist es Ziel der vorsorgenden Umweltpolitik, die Stoffströme *insgesamt* zu reduzieren und zu diesem Zweck umweltfreundliches Verbraucherverhalten und die Entwicklung von sauberen Technologien zu stimulieren, bzw. Ziel der schutzzielorientierten Politik, *ausgewählte* Umweltgüter gezielt zu schützen, indem deren anthropogene Nutzung durch mengenmäßige Vorgaben („ökologischer Rahmen“) beschränkt wird.

An diesem Punkt zeigt sich bereits das Problem der „richtigen“ Interpretation des Nachhaltigkeitspostulats. Sind die Stoffströme insgesamt zu reduzieren, wie es das vorsorgeorientierte Konzept vorsieht, oder sind spezielle Schutzziele zu definieren, um bestimmte, als nicht substituierbar angesehene Naturgüter zu erhalten? Letzteres läßt sich über pauschale Stoffstromreduzierungen nicht garantieren, denn diese wirken nur „tendenziell“ (Hinterberger et al. 1995, 5).

(5) *Verteilungsprobleme*. Die Annahme unzureichender Substituierbarkeit des Naturkapitals und damit der Begrenztheit vertretbarer Umweltnutzungen durch den Menschen wirft Verteilungsprobleme auf, denn nicht-regenerierbare Ressourcen wie Erdöl und nicht-wiederherstellbare Umweltgüter wie die Artenvielfalt oder das ökologische Gleichgewicht von Böden und Gewässern können nur so lange genutzt werden, wie sie nicht verbraucht oder zerstört sind.

Dies ist zunächst ein *intergeneratives* Verteilungsproblem, da das weder erneuerbare noch substituierbare Umweltkapital auch den zukünftigen Generationen zuteil werden muß⁵; schließlich beruht Nachhaltigkeitspolitik auf der ethischen Handlungsnorm, künftigen Generationen die Möglichkeiten zu ihrer Bedürfnisbefriedigung zu erhalten. Das intergenerative Verteilungsproblem führt zu einem *intragenerativen*, indem heutige Nutzungsbeschränkungen zugunsten der Zukunft neue Knappheitsprobleme in der Gegenwart erzeugen. Die Diskussion um Nachhaltigkeit in den Wirtschafts- und Lebensweisen ist daher auch eng verwoben mit der entwicklungspolitischen Fragestellung eines Wohlstandstransfers von Nord nach Süd (vgl. etwa Sachs 1994). Die Verhandlungen über globale Abkommen zum Schutz der Umwelt, die seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 1992 stattfinden (Überblick: WBGU 1995), sind vor allem von dieser Fragestellung geprägt.⁶ Die Frage nach gerechter Wohlstandsverteilung zwischen Nord und Süd, die in den 1970er Jahren noch unter der Rubrik „faire Welthandelsordnung“ diskutiert wurde, erfährt heute, nachdem die meisten Entwicklungsländer die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung für sich entdeckt

⁵ Dies wird insbesondere im englischen Ausdruck „sustainability“ deutlich, der den Aspekt der Dauerhaftigkeit betont.

⁶ In diesem Sinne schreibt Töpfer über die Konferenz von Rio de Janeiro: „Für mich ging es in Rio von Anfang an gar nicht so sehr um ‚Umwelt und Entwicklung‘, sondern umgekehrt um ‚Entwicklung und Umwelt‘“ (Töpfer 1994, 99).

zu haben scheinen, eine Wiederbelebung mit neuer Akzentuierung.⁷ Finanzielle Transfers werden nunmehr für den Erhalt der natürlichen Umwelt gefordert.⁸

Die Nachhaltigkeitsdebatte erfährt insoweit je nach Betrachtung unterschiedliche Schwerpunkte: In der wissenschaftlichen und nationalpolitischen Nachhaltigkeitsdiskussion dominieren zumeist die ökologischen Aspekte. In der globalpolitischen Diskussion, die die umweltpolitische Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer berücksichtigt, treten die ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit und somit die Verteilungsfrage in den Vordergrund.⁹

2 Aufbau des Buches

2.1 Konzeptionen der Nachhaltigkeit – Die meta-ökonomische Sichtweise (Teil I)

In der Folge der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (Rio-Konferenz) wurden die unterschiedlichsten Gremien und Kommissionen ins Leben gerufen und Forschungsinstitute zu dem Zweck gegründet, nachhaltige Wirtschafts- und Lebensstile zu entwickeln bzw. zu erforschen. Zu nennen sind für Deutschland insbesondere der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und die Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages. Weitere Nachhaltigkeitskonzeptionen entwickelten u.a. die Europäische Kommission, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie („Neue Wohlstandsmodelle“), Friedrich Schmidt-Bleek (MIPS-Konzeption), Paul Klemmer („variable Leitplanken“), Jürg Minsch („ökologische Grobsteuerung“), David Pearce und Kerry Turner (Konzept des konstanten Umweltkapitals und Management-Regeln), Hans Opschoor („Umweltraumkonzept“) sowie William Nordhaus (Nutzen-Kosten-Analyse der Klimaschutzpolitik). Diese Ansätze sind sowohl in ihrer Axiomatik als auch in ihren Folgerungen höchst verschiedenartig.

Die Vielfalt unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze und politischer Interessenkonstellationen führt dazu, daß das Postulat der „Nachhaltigkeit“ allen-

⁷ Hierzu BUND/Misereor (1996, 33); grundsätzlich zum Problem der intergenerativen Gerechtigkeit Suchanek (1995).

⁸ Zur Position der *Entwicklungsländer* vgl. Sachs (1995, 13), den unter dem Einfluß der Entwicklungsländer erarbeiteten Brundtland-Bericht (Hauff 1987) und den Abschlußbericht der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (Bundesregierung 1992, 7).

⁹ Zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsdiskussion und ihrer unterschiedlichen Auslegung im Zeitverlauf vgl. Klemmer (1996, 292–296).